

Der Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe Lars Castellucci vor seiner Abreise in die Demokratische Republik Kongo

26.4.2026 - Pressemitteilung | Auswärtiges Amt

Seit über drei Jahrzehnten schwelt in der Region der Großen Seen ein Konflikt, der immer wieder zu großflächigen Kampfhandlungen führt. Die Folge ist die zweitgrößte Ernährungskrise und die drittgrößte Binnenvertriebenenkrise weltweit. Über sieben Millionen Menschen sind innerhalb der Demokratischen Republik Kongo vertrieben, fünf Millionen davon im Ostkongo. Rund 25 Millionen Menschen sind von Ernährungsunsicherheit betroffen. Trotz seiner furchtbaren Dimensionen spielt sich der Konflikt in der Großen-Seen-Region weitgehend außerhalb der Wahrnehmung der Weltöffentlichkeit ab.

Der Konflikt ist hochkomplex. Seit der Eskalation Anfang 2025, als die von Ruanda unterstützte Miliz M23 weite Teile des Ostkongos und die Millionenstädte Goma und Bukavu eingenommen hat, hat sich die Lage weiter dramatisch verschärft. Leidtragende ist die Zivilbevölkerung – insbesondere Frauen und Kinder. Sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt ist allgegenwärtig: Laut den Vereinten Nationen wird im Ostkongo alle vier Minuten eine Frau und alle 30 Minuten ein Kind vergewaltigt.

Deutschland leistet einen wichtigen Beitrag, um das Leid der Menschen in der Region zu lindern. Wir gehören zu den größten Gebern humanitärer Hilfe und engagieren uns in der Entwicklungszusammenarbeit. Die Bundesregierung unterstützt auch die aktuellen Friedensbemühungen, u.a. der USA und der Afrikanischen Union. 2025 hatte Deutschland den Vorsitz der Internationalen Kontaktgruppe Große Seen inne.

Die humanitäre Krise in der Demokratischen Republik Kongo darf nicht in Vergessenheit geraten, auch wenn andere Konflikte die Schlagzeilen dominieren. Es ist Teil meines Selbstverständnisses als Beauftragter, gerade solche Krisen stärker in den Fokus zu rücken.

<https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/2769386-2769386>